Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 01.04.2004 um 18.03 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:
Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer (bis TOP 3)
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein
SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt
FBW-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Haag
KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp
ÖDP-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Amtsrat Teichmann (bis TOP 2)
Amtfrau Hartmann (zu TOP 1)
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführerin: Verwaltungsfachangestellte Kohlhepp

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es besteht kein Widerspruch den Punkt 10 „Mittagsbetreuung“ vorzuziehen.

1. Mittagsbetreuung an der St.-Hedwig-Grundschule; Fortführung im Schuljahr 2004/2005

A) Amtfrau Hartmann erläutert die im Finanzausschuss aufgeworfenen Fragen. Die Grundschule muss eine Mittagsbetreuung anbieten. Dies sei eine verpflichtende gesetzliche Aussage, lediglich die Gestaltung sei nicht festgeschrieben. Die Schüler könnten auch in Klassenzimmern, in denen noch Unterricht abgehalten werde, untergebracht werden. Jedoch sei dies nur bei Einzelfällen sinnvoll. Ebenso könne eine Beaufsichtigung durch Lehrkräfte, Hausmeister oder Ehrenamtliche stattfinden. Das staatl. Schulamt plädiert für die Weiterführung des vorhandenen, pädagogischen, ausgezeichneten Konzeptes.

Die Schuleinschreibung habe gezeigt, dass bereits jetzt 19 Interessenten für das Schuljahr 2004/05 vorhanden seien.

Zu den Kosten erläutert sie, dass im Ansatz auch die I.V. für die Raummiete in der Friedrich-Bernbeck-Schule enthalten sei. Ab dem neuen Schuljahr falle diese jedoch voraussichtlich weg, da in der St.-Hedwig-Schule ein Klassenzimmer frei werde (Stand Schuleinschreibung 23.03.2004). Demzufolge könnten auch alle 19 Schüler beaufsichtigt werden, was in der FBS wegen der Raumgröße nicht möglich gewesen wäre.

Amtfrau Hartmann legt die Kostenberechnung vor, wonach für das Schuljahr 2004/05 nun mit einem Defizit i.H.v. ~ 1.660 € zu rechnen sei. Durch weitere Werbung, die bisher noch nicht stattfinden konnte, könnten evtl. noch weitere Interessenten gefunden werden und damit das Defizit weiter verringert werden.

Zu der Frage der Unterbringung im Hort in der Flugplatzstraße erklärt Amtfrau Hartmann, dass die Stadt nicht mit ihrer Einrichtung dort einziehen könnte. Es könne nur eine Mitteilung an die Eltern erfolgen, worin der Spielraum e.V. als weitere Möglichkeit angeboten werde. Da jedoch nur insgesamt 25 Plätze im Hort zur Verfügung stünden, wäre diese Alternative alleine nicht bedarfsgerecht. Auch sei der Weg in die Flugplatzstraße für die Kürze der Betreuungszeit zu weit.

Stadträtin Wallrapp fordert eine gewisse Sicherheit in Form einer Anmeldefrist. Die Beteiligung solle auf keinen Fall unter 12 Kinder gehen, da sonst der Zuschuss des Freistaates wegfalle.

Oberbürgermeister Moser erweitert den Beschluss dahingehend, in der 1. Julisitzung über den Stand der Anmeldungen zu informieren.

B) **- Mit 24 : 6 Stimmen -**

Die Mittagsbetreuung an der St.-Hedwig-Grundschule wird in der jetzigen Form ohne Festlegung einer Mindestteilnehmerzahl im Schuljahr 2004/2005 weiter angeboten.

Die Verwaltung berichtet in der 1. Julisitzung über den Anmeldestand.

2. Flurervergütung für die Giltholzgemeinschaft-Kündigungsmöglichkeit; Prüfung des Vertrages, Information und Beschluss

A) Amtsrat Teichmann erläutert den Sachverhalt.

B) Stellungnahmen der Fraktionen/Gruppen

a) CSU-Fraktion
Stadtrat Weiglein kann nach der Grundlagenänderung die Zustimmung der CSU mitteilen.

b) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene stimmt ebenfalls zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Müller verkündet, dass die Fraktion unterschiedlich abstimmen werde. Ihm sei die Verpflichtung, einen Flurer zu bestellen, unklar.

d) FBW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Haag vertritt die Auffassung, die Flurervergütung um 50 % zu kürzen, nicht komplett abzuschaffen.

e) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Konrad gibt seitens der KIK keine Zustimmung.

f) ÖdP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt gibt ihre Zustimmung bekannt.

C) Stadtrat Straßberger bezweifelt, dass die Stadt Kitzingen aus dem Vertrag aussteigen könne. Berufsm. Stadtrat Stoppel erinnert, dass dem Vertrag die Grundlage entzogen sei.

Amtsrat Teichmann weist noch ergänzend auf ein Gespräch mit Herrn Brendle hin, wonach dieser sich sehr wohl die neue Aufgabe vorstellen könne und auch zutraue.

Stadträtin Wallrapp vertritt die Auffassung die Vergütung nicht komplett wegfallen zu lassen, sondern nur 50 % zu kürzen.

D) **- Mit 15 : 15 Stimmen -**

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
Es verbleibt beim bisherigen Stadtratsbeschluss, wonach die Flurervergütung ab dem Jahre 2004 nicht mehr gewährt wird.

E) **- Mit 29 : 1 Stimmen -**

Die Flurervergütung wird ab dem Jahr 2004 um weitere 50 % gekürzt.

3. Flächennutzungsplan (FNP) / Landschaftsplan (LP); Vorentwurf

A) Dipl.Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt und gibt gleich zur Kenntnis, dass die Forderung von Stadtrat Müller, das Gebiet „Essbach“ mitaufzunehmen, nicht möglich

sei, da es sich bei dem Gebiet um ehem. Bergwerksgebiet handele und noch Stollen vorhanden seien. Stadtrat Müller zieht daraufhin seinen Antrag zurück

B) Stellungnahme der Fraktionen / Gruppen

a) Stadtentwicklungsreferent Schardt befürwortet den FNP / LP und weist bezüglich des Gebietes Klettenberg Süd darauf hin, dass in der Siedlung das Verkehrsaufkommen dann noch größer werde. Die Aufnahme dieses Gebietes lehnt er ab.

b) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein erinnert an das Gutachten der Regierung von Unterfranken, worin das Gebiet Klettenberg Süd nachteilige genannt und auch abgelehnt wurde.

c) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene vertritt die Auffassung, dass die Verkehrsanbindung des Klettenberg schwierig sei. Dem FNP und LP werde in der vorliegenden Form zugestimmt.

d) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Müller betont, dass die Siedlung ein Anrecht auf dieses Baugebiet habe. Die Baugebiete in der Stadt z. B. haben wiederum Auswirkungen auf die St.-Hedwig-Schule. Er weist darauf hin, dass diese Problematik in der Siedlung bzw. Siedlungsschule nicht gegeben sei.

e) FBW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Haag vertritt die Auffassung, dass genug Bauflächen vorhanden seien und nicht auch noch in der Siedlung neue Flächen geschaffen werden sollten.

f) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp ist der Ansicht, dass die Stadt alle Möglichkeiten ausnutzen solle, um an Bauflächen heranzukommen, demzufolge auch in der Siedlung. Er befürwortet die Aufnahme dieses Gebietes.

g) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt plädiert auch für die Aufnahme des Klettenberg Süd in den FNP.

C) Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Verwaltung keine bestimmten Bereiche begünstige. Eine Ausweisung eines Baugebietes würde erst dann veranlasst, wenn die Flächen zu 100 % der Stadt gehören. Dies war bisher am Klettenberg nicht der Fall gewesen.

Stadtrat Rank verdeutlicht, dass er dem FNP nicht zustimmen werde, wenn das Gebiet Klettenberg mitaufgenommen werde. Er möchte wissen, ob es auch noch möglich sei, dies nachträglich aufzunehmen. Berufsm. Stadtrat Groß erwidert, dass ein Änderungsverfahren jederzeit möglich sei.

D) **– Mit 30 : 0 Stimmen -**

Stadträtin Stocker stellt den Antrag auf Ende der Debatte.

E) Stadtrat Müller weist noch mal darauf hin, dass mit der Aufnahme des Gebietes Klettenberg Süd in den FNP, doch noch keine Baugebiete gekauft werden müssten.

F) **- Mit 11 : 19 Stimmen -**

Dem Antrag der UsW auf Aufnahme des Gebietes Klettenberg Süd in den FNP wird zugestimmt.

G) **- Mit 20 : 10 Stimmen -**

Der Stadtrat stimmt dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes in der vorliegenden Fassung zu.
Gegenstand des Beschlusses ist das Ergebnisprotokoll der Stadtentwicklungsbeiratssitzung vom 09.02.2004 in der vorliegenden Fassung.

H) **- Mit 19 : 10 Stimmen -**

Das förmliche Verfahren zur 23. Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Änderung des Landschaftsplanes in der vorliegenden Fassung vom März 2004 ist einzuleiten.

4. Aufstellung eines B-planes Nr. 86 „Von-Deuster-Park“ mit Grünordnungsplan sowie Ausgleichsbebauungsplan für Fl.Nr. 2510; Billigung des Planungsentwurfs; Beschluss

A) Dipl. Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt und beantwortet zugleich die Möglichkeit der Bebauung über den vorhandenen Kellern. Hier müssten die Gebäude entweder auf Stelzen gestellt werden oder die Keller müssten verfüllt werden.
Die Mehrkosten wären ähnlich wie die Grundstücksmehrerlöse.

B) Stellungnahmen der Fraktionen / Gruppen

a) Stadtentwicklungsreferent Schardt vertritt die Auffassung den B-Plan so zu belassen und umzusetzen.

b) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein gibt ebenfalls die Zustimmung der CSU bekannt.

c) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene signalisiert ebenso Zustimmung.

d) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Müller stimmen nach der Aufklärung auch zu.

e) FBW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Haag plädiert analog der Vorredner für den B-Plan.

f) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp gibt ebenfalls die Zustimmung der KIK bekannt.

g) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt schließt sich den Vorrednern an.

C) **- Mit 29 : 0 Stimmen -**

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan Nr. 86 „Von Deuster-Park“ i. d. F. vom 5.2.04 mit Begründung sowie der Grünordnungsplan/Ausgleichsbebauungsplan
(Fl.Nr. 2510) i. d. F. vom 30.1.04 werden gebilligt und zur Grundlage

des Aufstellungsverfahrens gemacht.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahrensschritte „Vorgezogene Bürgerbeteiligung“ sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen und anschließend den Stadtrat vom Ergebnis zu unterrichten

5. Regionalplan der Region Wü. 7. mit 11. Änderung; Beteiligungsverfahren; Beschluss

A) Stadtrat Heisel vertritt die Auffassung, dass Kitzingen mehr erwähnt werden müsste. Dieser Aussage schließt sich Stadtrat Weiglein an.

B) **- Mit 29 : 0 Stimmen -**

Unter der Voraussetzung, dass die Anregungen der Stadt Kitzingen zum 5. Änderungsverfahren, Teil A – Überfachliche Ziele, Berücksichtigung finden bestehen keine Bedenken. Die Entwicklungsachse von überregionaler Bedeutung Würzburg – Kitzingen – Nürnberg muss gestärkt werden und in die 7. mit 11. Änderung eingearbeitet werden.

6. Bayerisches Städtebauförderungsprogramm; Förderung von Privatmaßnahmen in ausgewiesenen Sanierungsgebieten (Altstadt Kitzingen)

- Mit 28 : 0 Stimmen –

Der Zuschuss der Stadt Kitzingen (40 %) für private Sanierungsmaßnahmen beträgt pro Maßnahme höchstens 50.000 € (zuzüglich 60 % von der Regierung von Unter-franken insgesamt höchstens 125.000 €).

7. Kenntnisgabeverfahren gem. Art. 86.4 BayBO Larson Barracks, Bau einer Zufahrtskontrolle (Tor 2) Information.

Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser informiert weitergehend über die Bedeutung des Standortes Kitzingen für die Amerikaner. Wie heute in einer Information bekannt wurde, wurde mit der Bayer. Regionaleisenbahn (100 %-ige Tochtergesellschaft der DRE) und den Amerikanern ein Vertrag bezüglich des Betriebes auf der Bahnstrecke Kitzingen-Etwashausen-Gochsheim für dieses Jahr abgeschlossen.

8. Neubau der Richard-Rother-Realschule; Information und Beschluss

- Mit 29 : 0 Stimmen -

Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.

Es besteht Einverständnis, die Genehmigung zum Neubau der R.-Rother-Realschule auf Fl.Nr. 1375, Gmkg. Kitzingen, Glauberstraße, nach Abschluss des Verfahrens mit den evtl. erforderlichen Auflagen zu erteilen.

9. T-Mobile; Antrag zur Errichtung eines Mobilfunkmastes im Bereich „In den Winterleiten“; weiteres Vorgehen; Beschluss

A) Stellungnahmen der Fraktionen / Gruppen

a) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein gibt für die CSU seine Zustimmung zu Punkt 2.1

b) SPD-Stadtratsfraktion
2. Bgm.in Gold vertritt ebenfalls die Auffassung, die Errichtung abzulehnen.

c) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Müller stimmt ebenso der Ablehnung zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Haag gibt seine Zustimmung für Punkt 2.1

e) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp macht auch seine Zustimmung zu Punkt 2.1 deutlich.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt schließt sich den Vorrednern an.

B) - **27 : 2 Stimmen -**

Die Stadt Kitzingen bezieht sich auf die Mobilfunkresolution vom 11.03.04 und lehnt auch die Ersatzstandorte für die Station im Bereich „Winterleite“ (Fl.Nr. 2702 od. 2699) ab

10. Nordtangente BA 1; Sachstandsbericht

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

11. Museum/Archiv – Kostenvergleich bei Umplanung; Alternative: Archiv/Musikschule; Information und Beschluss

A) Amtsrat Hartner erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt, der mit der Empfehlung endet, die Maßnahme gemäß Beschlusslage konsequent fortzuführen.

B) Stellungnahmen der Fraktionen / Gruppen
a) Kulturreferentin Dr. Endres-Paul gibt eine Stellungnahme pro Museum/Archiv ab.

b) CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Weiglein möchte wissen, ob heute ein Beschluss gefasst werden könne, da haushaltslose Zeit ist. Oberbürgermeister Moser bejaht dies, der Auftrag werde dann erst nach dem Haushaltsabschluss erteilt. Ansonsten vertritt die CSU keine einheitliche Meinung.

c) SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene gibt seine Zustimmung seitens der SPD bekannt.

d) UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, damit noch mal in die Fraktionen zu gehen.

e) FBW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Haag ist für die Lösung Museum / Archiv.

f) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp dem Kostenvorschlag Archiv / Musikschule könne nur bedingt zu gestimmt werden. Es solle in anderen städt. Gebäuden Ausstellungen durchgeführt werden.

g) ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadträtin Schmidt stimmt der Variante Museum / Archiv zu.

C) **- Mit 29 : 0 Stimmen -**

Dem Antrag von Stadtrat Rank auf Schluss der Debatte wird zugestimmt.

D) Frau Nomayo macht Ausführungen zum derzeitigen Bestand des Museumsgutes.

Stadträtin Wallrapp vertritt ebenfalls die Meinung, das Thema noch mal in den Fraktionen zu behandeln.

Oberbürgermeister Moser stellt abschließend fest, dass heute kein Beschluss gefasst werde, somit der bisherige Beschluss Museum / Archiv aufrechterhalten bliebe. Sollte von Seiten der Fraktionen und Gruppen eine andere Meinung herrschen, müsse ein Antrag gestellt werden.

Amtsrat Hartner ergänzt, dass die Verwaltung unmittelbar nach Haushaltsverabschiedung die Beschlussvorlage zu den Abbrucharbeiten vorlegen werde.

12. Parkgarage Herrnstraße; Änderung der Öffnungszeiten an Samstagen

A) Berufsm. Stadtrat Rodamer gibt ergänzend zum Sachvortrag bekannt, dass es auch vorstellbar sei, die Parkgarage bereits ab 16 Uhr zu schließen. Um nach Schließung der Parkgarage herausfahren zu können, müsste an der Tür der Sparkasse ein Durchzugsleser angebracht werden. Bisher fehle jedoch noch die Zustimmung der Sparkasse dazu. Ein Durchzugleser sei noch von der PG am Main vorhanden. Sollte die Sparkasse zustimmen, könne ein Probelauf gestartet werden.

B) **- Mit 29 : 0 Stimmen -**

Es besteht unter der Voraussetzung, dass die Sparkasse Mainfranken-Würzburg dem Betrieb mit Türöffner zustimmt, Einverständnis damit, die Öffnungszeiten der Parkgarage Herrnstraße an den Samstagen wie folgt zu ändern:

Öffnungszeit 06.30 – 16.00 Uhr

Die Änderung erfolgt, sobald die Abstimmung mit der Sparkasse abgeschlossen ist.

Vorab ist aber ab 01.05.2004 die Öffnungszeit der Parkgarage Herrnstraße an den Samstagen von 06.30 – 18.00 Uhr zu ändern.

13. Bestätigung des Kommandanten und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Hoheim

- Mit 29 : 0 Stimmen -

Dem in der Feuerwehrdienstversammlung am 27.02.2004 gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Hoheim, Herrn Winfried Söhnlein und dessen in der gleichen Sitzung gewählten Stellvertreters, Herrn Norbert Kempf, wird hiermit die gemäß Art. 8 Abs. 4 des Feuerwehrgesetzes notwendige Bestätigung erteilt.

14. Nachfrage von Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp fragt nach, wann der Brunnen am Platz der Partnerstädte fertiggestellt sei.

Oberbürgermeister Moser sagt eine Prüfung zu.

15. Hinweis von Oberbürgermeister Moser

Oberbürgermeister Moser weist auf einen Vorlage bezüglich der Rutsche im Freibad hin, die als Tischvorlage vorliege. Dieser Punkt soll erst in die Fraktionen und Gruppe zum beraten. Berufsm. Stadtrat Rodamer ergänzt, dass der Beschlussentwurf nicht mit den Bäderbetrieben und ihm abgestimmt sei. Er teilt mit, das das SG 23 – Badbetriebe – einen ergänzenden Beschlussentwurf zum Grundsatzproblem mit einigen Alternativen vorlegen werde.

16. Frage von Stadtrat Müller

Stadtrat Müller habe erfahren, dass Ende April eine Delegation der Stadt Kitzingen nach Montevarchi fliege. Er möchte wissen, wer dort alles mitfliegt bzw. wer die Auswahl der Personen getroffen habe.

Oberbürgermeister Moser entgegnet, dass neben dem Oberbürgermeister noch 2 Personen eingeladen wurden. Er ging damit auf die 2 größten Fraktionen zu, die jeweils eine Person gestellt haben.

17. Beschwerde von Stadtrat Müller

Stadtrat Müller beschwert sich, dass er als Industrie- und Gewerbereferent keine Einladung zum Kitzinger Frühling erhalten habe.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass nicht mal er eine offizielle Einladung erhalten habe.

18. Frage von Stadtrat Müller

Stadtrat Müller möchte das Ergebnis des Workshops vom Bauamt wissen.

Oberbürgermeister Moser informiert, dass dieser Workshop noch nicht abgeschlossen sei. Sobald dies geschehen sei, erhalte der Stadtrat selbstverständlich die Informationen.

19. Beschwerde von 2. Bgm.in Gold

2. Bgm.in Gold möchte, dass zukünftig Informationen konsequenter weitergegeben

werden als bisher.

20. Nachfrage von Stadträtin Schmidt

Stadträtin Schmidt möchte jetzt definitiv wissen, ob noch eine Einladung zu einer Haushaltsbesprechung der Fraktionen / Gruppen komme. Dies wurde durch den Oberbürgermeister zugesagt.

21. Aussage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene bemängelt, dass Aussagen von Angestellten in der Presse abgedruckt werden. Er bittet darauf zu achten, dass dies nicht mehr vorkomme.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.25 Uhr.

Oberbürgermeister	Protokollführerin
gez.	gez.
Moser	Kohlhepp